

Liga der freien Wohlfahrtspflege  
in Baden-Württemberg e.V.

## Corona-Krise: Den Teufelskreis für sozialbenachteiligte Familien und ihre Kinder durchbrechen

Eine Positionierung der Liga der freien Wohlfahrtspflege  
zur Situation benachteiligter Kinder und ihren Familien in  
Baden-Württemberg



# Corona-Krise: Den Teufelskreis für sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder<sup>1</sup> durchbrechen

## Eine Positionierung der Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Situation benachteiligter Kinder und ihren Familien in Baden-Württemberg

Stand: 20.05.2020

Die Corona-Pandemie hält seit Monaten die Welt in Atem. Wir alle in Baden-Württemberg sind davon betroffen, dass aus Gründen des Infektions- und Gesundheitsschutzes viele Bereiche des Lebens gänzlich zum Erliegen gekommen sind oder sich substantiell verändert haben.

Schulen, Kitas und Jugendhäuser waren seit 17.03.2020 geschlossen, Spiel- und Sportstätten konnten nicht mehr genutzt werden, viele Erwachsene befinden sich weiterhin im Homeoffice, in Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder bangen als Selbstständige um ihre Existenz. Jedoch trifft es sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder besonders heftig – hier wirkt sich die Corona-Krise wie ein Teufelskreis aus.

Bereits jetzt führen die Einschränkungen von Rechten und die zusätzlichen Probleme in verschiedenen Lebenslagen, wie Gesundheit, Wohnen oder Bildung, zu negativen Wechselwirkungen. Bestehende Benachteiligungen wiederholen sich und durch die wirtschaftliche Krise wird die Zahl der von Armut Betroffenen oder Bedrohten steigen. Auch im weiteren Lebensverlauf verschärft sich der Teufelskreis, da die derzeitige Situation künftig zu weiteren Benachteiligungen führen wird.

### Situation sozial benachteiligter Familien in der Krise

Familien und ihre Kinder sind weitgehend sozial isoliert und auf sich gestellt. In der derzeitigen Situation kommen für sozial benachteiligte<sup>2</sup> Familien und ihre Kinder weitere Belastungsfaktoren hinzu, die wie ein Teufelskreis eine gute gemeinsame Alltagsbewältigung und Erziehung der Kinder erschweren oder verhindern:

- Durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit kommt es zu finanziellen Einschränkungen. Diese stehen Mehrausgaben entgegen, die sich durch erhöhte Einkaufspreise, den Ausverkauf kostengünstiger Artikel sowie höhere Strom- und weitere Wohnkosten ergeben.
- Zudem brechen externe Infrastrukturen weg, wie das kostenfreie Essen in Schulen und Kitas über das BuT oder geschlossene Tafeln, was die familiäre Versorgung zusätzlich erschwert.

---

<sup>1</sup> Mit der Bezeichnung „Kinder“ bezieht dieses Positionspapier bewusst auch junge Menschen im Jugendalter sowie im Ablöseprozess aus den Familien und im Übergang in den Beruf mit ein.

<sup>2</sup> Familien in Erwerbslosigkeit, mit Migrations-/Fluchthintergrund, mit mehreren Kindern und Alleinerziehende haben ohnehin ein höheres Risiko, von Armut betroffen oder bedroht zu sein.

- Das Zusammenleben auf ohnehin engstem Raum führt mit wenig Rückzugs- und Ruhemöglichkeiten zu häuslicher Enge bei gleichzeitiger Anforderung an Beschäftigung ohne Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Homeschooling. Hierfür besitzen viele Familien zuhause nicht die ausreichende Infrastruktur, wie digitale Ausstattung, Internetanschluss oder geeignete Arbeitsplätze.
- Durch die reduzierte Möglichkeit des Aufenthaltes außerhalb der Wohnung oder im öffentlichen Raum, insbesondere von jungen Menschen in der Pubertät, spitzen sich „kalte Konflikte“ zu und verschärfen die Situationen in den Familien.
- Es deutet vieles auf eine Risikozunahme von häuslichen Konflikten, Gewalt und Suchtverhalten hin, unter denen besonders Frauen und Kinder leiden.
- Viele Familien haben in dieser Situation erstmalig oder verstärkt Bedarf an erzieherischer Unterstützung und benötigen entlastende Hilfen zur Bewältigung des Alltags. Diese sind jedoch aufgrund stark eingeschränkter oder ausgesetzter Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe genau so wenig verfügbar wie unterstützende Vertrauenspersonen aus Schule und Freizeit. Die stark frequentierte Telefon-Beratung kann dies nicht alles auffangen.
- Alleinerziehende Elternteile haben aufgrund der aktuellen Bestimmungen weder innerfamiliäre Entlastungsmöglichkeiten noch können sie diesbezüglich öffentliche Beratungsangebote nutzen. Der Zugang zur Notbetreuung ist in der Regel ausschließlich auf arbeitende und nicht im Homeoffice tätige Alleinerziehende fokussiert und auch nur für die tatsächliche Arbeitszeit. Diese Konstellation stellt für alleinerziehenden Elternteile längerfristig ein erhöhtes gesundheitliches Risiko dar.

## Junge Menschen in der Krise

Die in der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen schränken die Rechte von jungen Menschen stark ein, die sich wechselseitig wie ein Teufelskreis auf ihre Persönlichkeitsentwicklung auswirken. Darunter leiden besonders Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.

- **Recht auf Gesundheit:** Gerade in der derzeitigen familiären Überforderungs- und Belastungssituation kommt es vermehrt und häufig unentdeckt zu Gefährdungen des Kindeswohls. Für viele junge Menschen sind ihre Bildungseinrichtungen, ebenso wie die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, sowie Jugendsozialarbeit ein sicherer Ort, in dem sie Schutz und Unterstützung durch Freunde und den pädagogischen Fachkräften finden. Dies fällt momentan ganz weg oder ist stark eingeschränkt genauso wie der Kontakt in die Familien hinein. Fehlende Bewegung oder suchthafter Medienkonsum gefährden die körperliche wie psychische Gesundheit junger Menschen weiter – dies wiederum beeinflusst auch ihre Lernkapazitäten und -möglichkeiten.
- **Recht auf soziale Teilhabe:** Durch die derzeitigen Einschränkungen für den öffentlichen Raum können junge Menschen nicht in gewohntem Maße mit der peer-group in persönlichem Kontakt sein oder Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sport- und Musikvereine nutzen. Diese fehlenden non-formalen und informellen Bildungs- und Sozialisationsprozesse gefährden ihre Persönlichkeitsentwicklung und Teilhabechancen. Der Kontakt über Telefon oder soziale Medien reicht nicht aus.
- **Recht auf Bildung:** Seit dem 27. April wird in Baden-Württemberg eine erweiterte Notbetreuung angeboten, seit dem 4. Mai ist der Unterrichtsbetrieb eingeschränkt

und stufenweise wieder aufgenommen. Z.T. neben dem Homeoffice und in angespannten familiären Kontexten müssen Eltern ihre Kinder irgendwie betreuen oder im sog. Homeschooling unterstützen. Diese Situation hat die vorher etablierten Bildungsungleichheiten zwischen jungen Menschen schon jetzt verstärkt und wird mittel- und langfristig zu einem Auseinanderdriften von Bildungsverläufen führen.

Bereits durch die unterschiedliche infrastrukturelle Ausstattung der Schulen und den divergierenden digitalen Kompetenzen und Vorstellungen der Lehrenden für den Fernunterricht hat sich ein Flickenteppich in die landesweite Bildungsqualität gezogen. Erschwerend hierzu fehlt es vielen sozial benachteiligten Familien an ausreichender infrastruktureller Ausstattung zuhause, um auf digitale Lehrinhalte zuzugreifen. Zudem können Eltern aufgrund mangelnder zeitlicher Verfügbarkeit, Überforderung oder eigener Bildungsbiographie ihre Kinder im Homeschooling kaum bis gar nicht unterstützen oder motivieren.

Es ist zu befürchten, dass auch auf dem Ausbildungsmarkt, bzw. beim Übergang in diesen, im Herbst die Krise ihre fatalen Wirkungen auf die (Aus-)Bildungschancen junger Erwachsener zeigen wird. Zu den Kindern in prekären Lebenssituationen zählen überdurchschnittlich viele Kinder aus Familien mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Kinder, die in Flüchtlingsunterkünften leben, haben besonders schwierige Lernvoraussetzungen. Neben der fehlenden digitalen Ausstattung und der häuslichen Enge, insbesondere in Gemeinschaftsunterkünften, sind die Eltern oft aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht in der Lage, ihren Kinder Lernunterstützung zu geben.

**Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg auf, durch landesweite Initiativen und Programme mehr Verantwortung für sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder zu übernehmen. Dies kann nicht allein den Entscheidungsträgern vor Ort überlassen werden!**

### **Sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder brauchen unsere Unterstützung**

- Wir fordern die bundesweite Aufstockung der Hartz-IV-Regelbedarfe bzw. finanzielle Soforthilfen des Landes für sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder.
- Es braucht auch eine gezielte infrastrukturelle Unterstützung für von Armut betroffenen oder bedrohten Familien. So könnte die Landesregierung einen ‚Rettungsschirm‘ für die Anschaffung von Büchern, Spielmaterialien, PCs oder Tablets und die Übernahme von Anschlusskosten in die Hand nehmen.
- Viele Familien haben bereits ihre Belastungsgrenzen erreicht. Wir fordern eine intensive Zusammenarbeit der Jugendämter mit den Organisationen der Familien- und Erziehungshilfe, um familiäre Krisen zeitnah aufzugreifen und Eskalationen zu verhindern zu können.
- Zunehmende Stresssituationen in Familien erfordern zeitnahe niederschwellige Zugänge zu familienunterstützenden Maßnahmen, insbesondere zu den in der Krise geschlossenen Angeboten der Familienerholung und der Familienbildung.
- Junge Menschen sollten außerschulische Begegnungs- und Förderangebote bald und unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes nutzen können.

- Für den Übergang in den Beruf brauchen junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien spezielle Angebote der Begleitung und Unterstützung (auch Wohnangebote). So sollten zusätzliche berufliche Ausbildungsangebote bereitgestellt und spezifische Beschäftigungsangebote mit Qualifizierungsanteilen gestaltet werden.

### **Betreuungs- und Bildungsrechte von Kindern stärken**

- Beim Zugang zur erweiterten Notbetreuung sollten zeitnahe besonders auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien berücksichtigt werden. Alleinerziehende sollten umgehend die Möglichkeit haben, ggf. in Abstimmung mit dem Jugendamt, einen Antrag für Notbetreuung aufgrund von Überforderung und/oder individuellen Belastung zu stellen.
- Wir begrüßen es, dass der schritt- und stufenweise Wiedereinstieg in den Schulbetrieb auch diejenigen in den Blick nimmt, die im Fernunterricht nicht oder kaum erreicht wurden. Es ist darüber hinaus wichtig, dass die Bildungsungleichheiten in Corona-Zeiten strukturell schnellstmöglich ausgeglichen werden, durch individuelle, passgenaue Unterstützungsangebote. Welche diese sind und wie sie umgesetzt werden, sollte aus unserer Sicht das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport landesweit verbindlich regeln.
- Es ist zwingend notwendig, dass das Kultusministerium zeitnahe Weiterbildungen im Bereich digitaler Unterricht durch das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und dementsprechende Weiterbildungsbudgets für Lehrkräfte zur Verfügung stellt, um die digitalen Kompetenzen aller Lehrkräfte zu fördern und ein ähnliches Kompetenzniveau der Lehrenden zu gewährleisten.
- Auch weitere pädagogische Fachkräfte haben für die Begleitung junger Menschen nach der Krise Bedarf an passenden Fortbildungen.
- Aus unserer Sicht ist zusätzlich eine landesweite Verständigung darüber notwendig, welche infrastrukturelle Ausstattung für Lehrende bereitgestellt werden muss, damit diese den Schüler\*innen einen guten Fernunterricht und Online-Kontakt bieten. Auch verbindliche Mindeststandards des Kultusministeriums, wie der digitale Fernunterricht mit welchen Lehrinhalten gestaltet wird, sind zentral, dies kann nicht allein dem Entscheidungsspielraum vor Ort überlassen werden. Weiterhin muss das Kultusministerium eine eigenständige Lernplattform zwingend vor dem Jahr 2023 entwickeln und bereitstellen, damit beim Zugang zur digitalen Bildung alle Schüler\*innen in Baden-Württemberg die gleichen Voraussetzungen vorfinden.
- Schüler\*innen mit Behinderung und besonderen Bedarfen sollten beim Homeschooling mindestens die gleiche Unterstützung erhalten wie im schulischen Kontext, z.B. in Bezug auf Schulbegleiter\*innen.
- Auch Schüler\*innen mit Migrations- und Fluchthintergrund sollten insbesondere mit Blick auf ihre sprachliche Entwicklung zusätzliche Förderung erhalten.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg hat in den letzten Wochen sozial benachteiligte Familien in der dringlichen Krisensituation unterstützt. Daher stehen wir weiterhin den politischen Entscheidungsträgern mit unserer Erfahrung und Expertise aus der Praxis als verlässlicher Kooperationspartner zur Seite.

## **Aus dieser Positionierung abgeleitete Forderungen:**

Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg auf, durch landesweite Initiativen und Programme mehr Verantwortung für sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder zu übernehmen.

Aus der Positionierung ergeben sich die folgenden dringlichen Forderungen:

1. Im Zusammenhang mit dem schritt- und stufenweisen Wiedereinstieg in den Schulbetrieb fordern wir vom Kultusministerium individuelle, passgenaue Unterstützungsangebote für die Schüler\*innen, die im Rahmen des Homeschooling über den regulären Fernunterricht hinaus weitere Lernhilfen benötigen.  
  
Schüler\*innen mit Behinderung und besonderen Bedarfen sollen auch beim Homeschooling mindestens die gleiche Unterstützung z.B. durch Schulbegleiter\*innen erhalten, wie zuvor im Präsenzunterricht.  
  
Schüler\*innen mit Migrations- und Fluchthintergrund sollen, insbesondere mit Blick auf ihre sprachliche Entwicklung, zusätzliche Förderung erhalten.
2. Um die digitalen Kompetenzen aller Lehrkräfte zu fördern und ein ähnliches Kompetenzniveau der Lehrenden zu gewährleisten, fordern wir, dass das Kultusministerium zeitnahe Weiterbildungen im Bereich digitaler Unterricht durch das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und dementsprechende Weiterbildungsbudgets für Lehrkräfte zur Verfügung stellt.
3. Im Rahmen des Allianzjahres „Starke Kinder chancenreich“ fordern wir als gezielte infrastrukturelle Unterstützung für von Armut betroffene oder bedrohte Familien einen Rettungsschirm für die Anschaffung von Büchern, Spielmaterialien, PCs oder Tablets und die Übernahme von Anschlusskosten.
4. Um sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder zu entlasten, fordern wir unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes die zeitnahe Wiedereröffnung niederschwelliger familienunterstützender Maßnahmen, insbesondere Frühe Hilfen, die Angebote der Familienerholung und der Familienbildung. Junge Menschen sollten außerschulische Begegnungs- und Förderangebote bald nutzen können.
5. Wir fordern, dass das Land sich für die bundesweite Aufstockung der Hartz-IV-Regelbedarfe einsetzt und ergänzend dazu finanzielle Soforthilfen für sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder zur Verfügung stellt.